

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar über durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Blätter 20 Pf.  
Ansprechender: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14874.  
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 92 mm breite Grundseite oder deren Raum im Ankündigungs-  
teil 2 M., die 66 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Vingeschloß 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Rebenkärtter: Danzig-Berlage, Sypodal-Berlage, Belegungskarten der Verwaltung der Staats Schulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Regierungsbüchlein  
der Landes-Brandversicherungsbank, Berlausfälle von Holzplanken auf den Staatsforsteien.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preisgezielten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 174

Freitag, 29. Juli

1921

Der Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaat Sachsen.

(N.) Der Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaat Sachsen ist soeben fertiggestellt und zur Ver-  
gutachtung den Ministerien, dem Sächsischen Ge-  
meindetag, dem Verband der Bezirksverbände, dem  
Sächsischen Bürgermeistertag, der Organisation der  
Gemeindevorstände, dem Landgemeindetag und den  
anderen in Frage kommenden Interessen zu zuge-  
stellt worden. Es soll noch im Herbst dem Land-  
tag zugehen.

Das neue Gesetz soll eine Vereinheitlichung  
der Rechtsquellen auf kommunalem Gebiete dar-  
stellen und auf dem Grundbegriff aufgebaut: "Ein  
stiel Soll regiert sich selbst." Der  
Selbstverwaltung ist deshalb der weiteste Spiel-  
raum gelassen. Der Entwurf beachtet, die  
Amtshauptmannschaften zu kommunalisieren. Durch  
den Ausbau der Selbstverwaltung der Gemeinden  
und deren Verbände werden künftig eine Reihe  
von Aufgaben der bisherigen Amtshauptorgane wegfallen.  
Ein Teil dieser Organe wird überflüssig werden,  
z. B. die Kreishauptmannschaften.

Künftig soll jeder stimmberechtigte Einwohner  
Bürger sein, ein besonderes Bürgertum also nicht  
erworben noch verleihen werden können. Gemeinden  
sollen sich im Wege freier Vereinbarung ver-  
einigen dürfen. Eine zwangsläufige Vereinigung  
soll nur durch Landesgesetz erfolgen.

Der Gemeinde ist voller Spielraum gelassen,  
an Aufgaben zu übernehmen, was sie nach vor-  
handenen Mitteln und Kräften übernehmen kann.

Im neuen Entwurf wird auch die viel um-  
strittene Frage des Ein- oder Zweikammer-  
systems zu lösen versucht. Der Entwurf folgt  
hier der alten sächsischen Gemeindeverfassung, über-  
trägt sie, den Zeitverhältnissen und der Entwicklung  
angepaßt, auf alle Gemeinden, er sieht also  
ergänzt Gewordenes fort und vereinheitlicht und  
vereinfacht dadurch die Verwaltung. In jeder  
Gemeinde soll nur ein Gemeinderat sein, der aus  
bevölkerung und unbefoldeten Mitgliedern besteht  
und vom Bürgermeister geleitet wird. Jedoch  
wird im Gegensatz zur rheinischen Bürgermeister-  
verfassung der Entwurf, daß der Bürgermeister  
nicht allmächtig, sondern nur ausführendes Glied  
des Gemeinderates sei.

Für die Gemeindewahlen ist die einheitliche  
Wahl im ganzen Lande an einem Tage mit  
unmittelbar anschließender Wahl des Bezirkates  
vorzusehen. Der Gemeinderat soll auf drei Jahre  
gewählt werden, es soll kein Vollerneuerung  
stattfinden. Der Bürgermeister und die bevolkerten  
Gemeinderatsmitglieder sollen auf sechs Jahre ge-  
wählt werden. Künftig sollen Gemeinderatsmit-  
glieder wegen Auktionen in den Sitzungen  
staatlich nicht mehr zur Verantwortung ge-  
zogen werden.

Der Gemeinderat teilt seine freiwilligen und  
ihm übertragenen Aufgaben mit den Ausschüssen.  
In diesem soll die Bevölkerung im weitesten  
Maße zur Mitarbeit an den Aufgaben  
der Gemeinde herangezogen werden. Der  
Bürgermeister wird vom Gemeinderat gewählt.  
Drei Monate nach seinem Zusammentritt müssen  
sich auch die Bürgermeister zur Neuwahl  
stellen, da es die Selbstverwaltung vereinigt  
würde, wenn man Bürgermeister ohne weiteres  
zu am Amt leisten wollte. Jedoch sind auch dem nicht wieder gewählten  
Bürgermeister seine erworbenen materiellen Rechte  
zu sichern.

In einem besonderen Abschnitt ist im Entwurf  
die Bildung von Gemeindeverbänden als  
Eis für das weggelöste Gemeindeverbandsgesetz  
vorgesehen. Ein weiterer Abschnitt schreibt die  
Gemeinden in Bezirkstreie und Bezirksgemeinden,  
noch der es dem Erreichen der Mittelpunktsbesitz  
festgestellt ist, mit welcher Gemeinde sie ihr Gut  
vereinigen wollen, hat die zweckmäßige Durch-  
führung der Vereinigung sehr erschwert. Dieses  
Hemmnis für die Vereinheitlichung der Gemeinde-  
verwaltung soll durch das neue Gesetz beseitigt  
werden. Künftig soll die Vereinigung von Mittelpunkts-  
gemeinden mit der Gemeinde erfolgen, mit der sie  
hauptsächlich durch die Wohnsitze und Betriebs-  
räume verbunden ist.

Mit diesen Neuerungen will der Entwurf eine  
völlige Neuordnung der Selbstverwaltung auf der  
Gemeindebeamter, der so wie der Bürger-

## Die Hungersnot in Russland.

### Der Kampf der Sowjetregierung gegen den Hunger.

Helsingfors, 27. Juli. In Moskau hat  
dieser Tage eine allgemeine Versammlung der  
Sowjetautoritäten stattgefunden, an der u. a.  
Kamenew, Maxim Gorki und die Gräfin Megan-  
za Tolstoi teilnahmen. Die Lage wurde als  
äußerst trübt bezeichnet. Kamenew teilte im  
Rahmen der Regierung mit, daß sie bereit sei,  
mit allen Parteien zusammen zu arbeiten, um  
Russland, das jetzt tatsächlich vor dem Ende steht, zu  
retteln. Zu der letzten Sitzung der Kommunisten im  
Deutschen Theater in Moskau hat Sinowjew eine  
große Rede gehalten, in der er sagte, daß der  
Kampf gegen den Hunger von der Sowjetregie-  
rung mit derselben Energie durchgeführt werden  
wird, wie gegen die Feudalrevolutionäre. Die  
freiwillige Räumung der bedrohten Gebiete durch  
die Bevölkerung werde mit Gewalt durch Truppen  
verhindert, damit diese Menschenmassen Russland  
nicht überschwemmen. Dass die inländische Lage  
nicht ernst bedroht sei, sagte er noch, werde  
durch beweisen, daß Lenin in Kürze eine  
Auslandsreise zu unternehmen gedenkt.

### Auswärtige Hilfe für Russland.

Riga, 27. Juli. In Riga wird ein aus  
Vertretern aller Konfessionen und Nationalitäten  
zusammengesetztes Hilfekomitee für Russland ge-  
gründet. Dieses Komitee soll ein Bindeglied  
zwischen dem Moskauer Hilfekomitee und der  
übrigen Welt darstellen. Das von der Rigaer  
Sowjetmission herausgegebene Blatt "Rote Rute"  
bezeichnet den Vorschlag, den der kürzlich aus  
Russland zurückgekehrte Vertreter des Estnischen  
Volkes Kreuz zur Hilfeleistung an die hungern-  
den Bevölkerung Russlands ausgearbeitet hat, als prak-  
tisch ausführbare Grundlage. Danach müßte die  
Arbeit in Russland in den Händen von unpoli-

schen Organisationen liegen, die in Sowjetru-  
ssland Autorität gewinnen und von den Behörden  
nicht behindert werden dürfen. Hierfür läme die  
Moskauer Quäkerorganisation in Verbindung mit  
Maxim Gorki und dem neuengründeten Moskauer  
Hilfekomitee in Betracht.

### Der Sonderfriede Amerikas mit Deutschland.

London, 27. Juli. Nach einer New Yorker  
Meldung des "Daily Mail" berichtet der Wahling-  
toner Vertreter des "New York Sun", daß der  
Platz des Staatssekretärs Hughes, die Annahme  
der abgeänderten Fassung des Versailler Ver-  
trages zu sichern, gescheitert sei, und daß ein  
neuer Vertrag mit Deutschland, der sich genau  
an die einwandfreien Teile des Versailler Ver-  
trages halte, in Bearbeitung begriffen sei.

### Doch Dreiteilung Oberschlesiens?

London, 28. Juli. Das britische Mitglied  
des Reichstagsrates ist der "Daily News" zufolge  
angewiesen worden, den heimzeit von England  
und Italien gemachten Vorschlag über die Zu-  
weisung der unfruchtbaren deutschen und polnischen  
Teile Oberschlesiens an Deutschland und Polen  
dringend zu erneuern.

### England gegen Sonderunter- nehmungen in Oberschlesien.

London, 28. Juli. "Morningpost" erfaßt  
von amtlicher Stelle, daß die britische Regierung  
den von ihr in der oberschlesischen Frage ein-  
genommenen Standpunkt für richtig hält. Sie  
sei dafür, daß sie den Friedensvertrag von Versailles  
loyal ausfülle, wenn sie darauf bestünde, daß jede  
Aktion in Oberschlesien gemeinsam sein müsse.

Die Auswärtige Hilfe für Russland.

Die breiten Grundlage der Selbstbestimmung der Ge-  
meinden und ihrer Verbände erreichen. Es bringt  
damit den hohenwerten Gemeinden Sachsen  
das, was sie zum Leben brauchen: Bewegungs-  
freiheit.

### Bundesstaaten von Amerika und Oberster Rat.

London, 28. Juli. Der Vorbericht Bericht-  
erstatter des "Times" meldet unter Vorbehalt, er  
habe von gut unterrichteter Seite gehört, eine  
sehr hohe Verhöhltheit Frankreichs habe mit Rück-  
sicht auf die Schwierigkeit zwischen den Ver-  
bündeten eine Vereinigung herbeizuführen, den  
amerikanischen Botschafter in Paris gefragt,  
ob die Möglichkeit einer Verbindung mit den Ver-  
einigten Staaten bestehe. Beim Präsidenten  
Harding sei angefragt worden, ob Harvey an den  
Sitzungen des Obersten Rates teilnehmen dürfe,  
und zwar nicht nur als Beobachter, sondern als  
Delegierter.

### Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 27. Juni. (Avax.) Die  
leichten Nachrichten von der Front bestätigen, daß  
die Griechen im Abschnitt Seid-Ghaz einen Erfolg  
erzielt haben. Die Griechen sollen mit  
dem Rückzug begonnen haben.

Athen, 27. Juli. Eine amtliche Mitteilung  
besagt: Die türkischen Berichte vom 25. und  
26. M. über die Lage auf dem Kriegsschauplatz  
und alle anderen im gleichen Sinne ge-  
holten Darstellungen sind gänzlich unbegründet.

Insbesondere ist die Angabe, daß Sülejil und  
Kum-Krochissi von den Türken zurückerober-  
t wurden, vollkommen falsch.

Athen, 27. Juli. Nach vier eingetroffenen  
Meldungen ist der Widerstand des Feindes voll-  
kommen gebrochen. Seine Verluste an Toten,  
Verwundeten und Gefangenen werden auf  
60 000 Mann geschätzt. Die griechische Vorhut  
soll auf der Straße nach Angora bis Gordium  
gekommen sein. Auf dem Rückzuge steht der  
Feind seine Materiallager, die er infolge der  
eiligen Flucht nicht mitnehmen kann, in Brand.

## Gebt für das Ober- schlesierhilfswerk!

### Reichssteuergesetzgebung und Gemeindefinanzen.

Von Amtshauptmann Dr. Schelcher-Auerbach. B.

1.

Bei der Reichssteuergesetzgebung sind von Seiten des  
Geheimrats zwei große Hauptzwecke verfolgt worden. Einmal sollten die vorhandenen Steuer-  
quellen restlos ausge schöpft werden durch eine gleichmäßige und starke Anspannung der  
Steuer, andererseits sollte eine möglichst gleich-  
mäßige Belastung der Steuerpflichtigen er-  
reicht werden, die bisher nicht bestanden hatte, weil jede Gemeinde die Hauptsteuerquelle, die  
Einkommenssteuer, nur ihren Bedürfnissen ent-  
sprechend erhob, und auf diese Weise in reichen  
Gemeinden prozentual geringe Steuern, in anderen  
schwerbelasteten Gemeinden hohe Steuern erhoben  
wurden.

Es ist zugezogen, daß der erste dieser beiden  
Zwecke erreicht worden ist; bezüglich des zweiten  
Zwecks darf aber ein wichtiger Erfolg stark be-  
zweifelt werden.

Die Auswirkungen der Reichssteuergesetzgebung bei den Gemeindefinanzen führen nämlich zu Er-  
gebnissen, die, wie ich vermute, vom Geheimrat ebenso wenig gewollt, als auch bei der Schaffung  
des Reichssteuergesetzes überhaupt bedacht worden sind. Sie werden leichten Endes durchgreifende Umgestaltungen  
der gesamten Gemeindefinanzen nach sich ziehen.

Durch die neue Reichssteuergesetzgebung wird  
den Gemeinden ihre Haupteinnahmestelle — das  
war die Einkommenssteuer — zwar nicht wegge-  
nommen, aber der Höhe nach bestimmt  
beschränkt. Sie erhalten noch den Sächsischen  
Vollzugsgeiste von dem gesamten Aufkommen der  
Gemeinde ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Be-  
darf den dritten Teil zugewiesen. Gegenüber ver-  
hält es sich mit der Körperschaftsteuer, während  
an anderen ertragreichen Steuerquellen wie z. B.  
die Umsatzsteuer die Gemeinden so gut wie über-  
haupt nicht beteiligt werden. Den gleichen Weg  
ist die Sächsische Landessteuergezung gegangen.  
Sie nimmt die anderen Haupteinnahmestellen, nämlich die Grundsteuer und die in dem neuen  
Vollzugsgeiste von dem gesamten Aufkommen der  
Gemeinde ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Be-  
darf zugewiesenen. Gegenüber verhält es sich mit den  
Körperschaftsteuer die Gemeinden so gut wie über-  
haupt nicht beteiligt werden. Den gleichen Weg  
ist die Sächsische Landessteuergezung gegangen.  
Sie nimmt die anderen Haupteinnahmestellen,

nämlich die Grundsteuer und die in dem neuen  
Vollzugsgeiste von dem gesamten Aufkommen der  
Gemeinde ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Be-  
darf zugewiesenen. Gegenüber verhält es sich mit den  
Körperschaftsteuer die Gemeinden so gut wie über-  
haupt nicht beteiligt werden. Den gleichen Weg  
ist die Sächsische Landessteuergezung gegangen.  
Sie nimmt die anderen Haupteinnahmestellen,

namlich die Grundsteuer und die in dem neuen  
Vollzugsgeiste von dem gesamten Aufkommen der  
Gemeinde ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Be-  
darf zugewiesenen. Gegenüber verhält es sich mit den  
Körperschaftsteuer die Gemeinden so gut wie über-  
haupt nicht beteiligt werden. Den gleichen Weg

ist die Sächsische Landessteuergezung gegangen.  
Sie nimmt die anderen Haupteinnahmestellen,

namlich die Grundsteuer und die in dem neuen  
Vollzugsgeiste von dem gesamten Aufkommen der  
Gemeinde ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Be-  
darf zugewiesenen. Gegenüber verhält es sich mit den  
Körperschaftsteuer die Gemeinden so gut wie über-  
haupt nicht beteiligt werden. Den gleichen Weg

ist die Sächsische Landessteuergezung gegangen.  
Sie nimmt die anderen Haupteinnahmestellen,

Gemeinden dienen soll. Diese Einstellung, die zunächst wohl nur einen Ausgleich zwischen günstig und ungünstig gestellten Gemeinden im Auge hat, wird jedoch, wie vermutzbar scheint, in der Praxis überhaupt dagegen dienen müssen, den Gemeinden die Gehaltsträger zu erlegen, die sie nach dem neuen Steuersystem nicht mehr selbst zu decken vermöhen.

Dieses Ausgleichssystem ist nach Lage der Sache notwendig und unvermeidlich, es liegt aber schwere Gefahren in sich, die nicht leicht zu überwinden sein werden.

Die nächste unvermeidliche Folge davon wird eine zunehmende Gleichgültigkeit der Gemeindeverwaltungen gegen eine ordnungsmäßige Finanzwirtschaft überhaupt sein. Das Interesse an einer gelunden Haushaltswirtschaft wird von vornherein erschüttern, wenn objektiv eine Balanceierung des Staats auch bei bestem Willen nicht ausführbar ist. Die Gleichgültigkeit wird sich naturgemäß aus in einem Anwachsen der Ausgaben. Ganz unwillkürlich wird sich die Gemeinde sagen, daß es nicht darauf ankommt, ob der entstehende Fehlbedarf, den sie nicht zu decken vermögt, größer oder kleiner sei. Nur zu leicht macht sie sich die Verstellung zu eigen, daß der Staat, weil er die Steuerquelle weggenommen hat, nun auch für den Ausgleich sorgen und den Gehaltsträger decken müsse. Wie aber die Grenze einer gelunden Finanzwirtschaft, die Möglichkeit, das Gleichgewicht im Haushaltsplan herzustellen, einmal überschritten, dann ist es grundsätzlich unerheblich, in welcher Höhe, ob weiter oben oder weiter unten, sie nunmehr gezogen wird. Es wird für die Gemeinden sogar ein gewisser Anreiz bestehen, in ihrem Haushaltsplan ihre notwendigen Ausgaben möglichst hoch hinzustellen, um eben damit einen größeren Aufschub zu begründen. Eine in dieser Beziehung geschickt operierende Gemeinde wird hoffen können, erhebliche Beträge zu erhalten. Dieses Prinzip wird Schule machen und muss auf die Dauer einen verhängnisvollen demoralisierenden Einfluß auf die Finanzgebarung der Gemeinden ausüben. Man mag diesen Umstand bedauern, mag ihn verurteilen; wer in der Praxis steht, weiß, daß man mit ihm rechnen muss, und daß es ungeheuer schwer ist, im Aufsichtswege dem willkürlichen zu begegnen.

Ein weiterer erheblicher Nachteil liegt darin, daß das Interesse der Gemeinden an der richtigen Erfassung der Reichs- und Landesteuern, an einer sachgemäßen Einschätzung der Steuerfluchtigen und an dem restlosen Auflösen der Steuern bedeutend herabgesetzt wird. Sie sind zwar noch wie vor an dem Auflösen insfern interessiert, als ein Bruchteil der Steuern ihnen zugute geht, gemindert aber wird das Interesse durch die unwillkürliche Vorstellung, daß ja einen Fehlbedarf leichten Endes der Staat doch tragen werde. Sie werden deshalb viel eher und viel lieber die Steuerfluchtigen zu schonen geneigt sein, so weit sie einen Einfluß dabei ausüben vermögen. Gedankt haben sie bei weitem nicht das gleiche Interesse, wie wenn der Steuerausfall ihnen unmittelbar zustände und sie auf ihn angewiesen wären.

Welche Summen von Fehlbeiträgen bei den Gemeinden die nächste Zukunft bringen wird, darüber läßt sich ganzstet ein abschließendes Urteil nicht fällen. Ich darf beispielweise einige Zahlen aus dem Bezirk Auerbach i. B. anführen, dessen Gemeinden allerdings durch die außerordentliche Erwerbsfähigkeit des Vogtlandes besonders ungünstige Verhältnisse aufweisen. Für das Gemeindeberechnungsjahr 1920 hatten zehn Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von insgesamt über

26 000 Einwohnern einen haushaltspflichtigen Gesamtbetrag von 7 179 000 M. Von dieser Summe verfügt noch Abzug aller Deduktionsmittel einschließlich der Anteile an Reichs- und Landesteuern ein ungebedeuteter, auf 1500000 M. das sind ungefähr 21 Proz. des gesamten Bedarfs oder 57 M. auf den Kopf jedes Einwohners. Noch wesentlich ungünstiger ist das Bild für das Rechnungsjahr 1921. Von sechs Gemeinden mit etwas mehr als 9000 Einwohnern liegt ein haushaltspflichtiger Gesamtbetrag von 1 278 000 M. vor, wovon als ungebedeuteter Fehlbedarf 799 000 M. verbleiben. Somit sind trotz Anspannung aller Steuerquellen der betreffenden Gemeinden etwa 50 Proz. des gesamten Bedarfs nicht aufzubringen, oder 76 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Es ist keine Frage, daß die Bedeutung solcher Fehlbeiträge aus dem Ausgleichsfond, der noch dem Volzugsrecht nur mit 20 Mill. M. vorgehen ist, als völlig ausgeschlossen gelten kann, wenn andere Gemeinden auch nur anähnliche Fehlbeiträge aufzuweisen scheinen. Was dann mit den Gemeindefinanzen werden soll, ist heute noch jedem ein Rätsel. Die vorliegenden Zahlen sind keineswegs von besonders ungünstigen Gemeinden zusammengefaßt, es sind vielmehr sämtliche Gemeinden zusammengefaßt, von denen mir Unterlagen bisher zur Verfügung standen. Wie es in anderen Bezirken aussieht, bleibt dahingestellt. Jedenfalls läßt sich vorausschauen, daß die Beanspruchung des Ausgleichsfondes seitens der Gemeinden eine immer zunehmende Tendenz aufzuweisen wird, daß sie sehr bald nicht mehr Ausnahme bleiben, sondern zur Regel werden wird, denn jede Gemeinde wird, nicht ganz mit Unrecht, sich auf den Standpunkt stellen, daß der Staat gerechtweise die Pflicht habe, ihr durch entsprechende Unterstützung die gleiche Ausgabenerfüllung zu ermöglichen, wie sie ihre reicheren Schwestern aus eigenen Mitteln zu leisten vermögen.

Diese Tendenz der Gemeinden, den Ausgleichsfond möglichst für sich fruchtbar zu machen, nötigt auf der anderen Seite den Staat zu einer starken Übersteilung. Gegenüber einer Klasse von Gehaltsträfern kann er nur das Allmächtige befehligen. Er muß also prüfen, ob die Gemeinde ihrer eigenen Steuerquellen reiflos ausgenutzt, vor allem aber ob sie unndige Ausgaben vermieden hat. Die unausbleibliche Folge ist deshalb eine nachdrückliche Kontrolle des Staates über die gesamten Gemeindefinanzen. Dieser Umstand ist von größter Tragweite. Er bedeutet nichts anderes als eine empfindliche Schranke für die gesamte Selbstverwaltung der Gemeinden, die gegebenenfalls zu einer völligen Aufsehung ihrer Selbständigkeit führen kann. Es geht selbstverständlich nicht an, daß die Gemeinde Ausgaben beschlägt, die sie nicht zu decken vermögen und ihre Bedeutung alldann dem Staat überlässt. Der Begriff der Selbstverwaltung ist eng gefaßt an die Ausführung der dagegen nötigen Mittel. „Selbst verwaltet“ heißt „sich selbst erhalten“, sonst würde die Selbständigkeit ja bald zum Bankrott oder führen. Der Staat muß also in zunehmendem Maße, soweit Ansprüche aus Bedeutung eines Fehlbeitrages vorliegen, in die Gemeindefinanzen und damit in die Gemeindeverwaltung eingreifen. Dabei muß er gleichmäßige Grundlage für sämtliche Gemeinden beobachten und ist nicht in der Lage, die individuellen, tausendfach verschiedenen Bedürfnisse der Gemeinden als grundlegend für die Ausgleichsregelung gelten zu lassen.

## Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 28. Juli.

### Erntereligion.

Der Ader bringt nicht Frucht allein. Gott mag ihm geben das Gebein! Den Mittelpunkt der Wünste und Hoffnungen des Landvolkes und den Höhepunkt seiner Jahresarbeit bildet die Ernte. Aber trotz der mit ihr verbundenen Mühe und Weisheitlichkeit gelten die „sauren Wochen“ der Einheimung des Feldertrages als eine festlich, ja religiös angehauchte Zeit, denn „der Segen kommt von oben.“ Für seinen erdenprosponnen Vermögenszuwachs sucht sich der göttelikste Bauer aber auch ernstlich zu zeigen: ein läßlicher Brauch, der bereits in der grauen Vorzeit üblich war. In seinem handgreiflichen Ernteklage verschämte es nämlich schon der urdeutsche Landmann nicht, den möglichen Gaben Spender des unentbehrlichen Feldsegens auf mancherlei Weise seine Gefüße der Dankbarkeit an den Tag zu legen. Auch im griechischen und römischen Altertum war das der Fall, und vom biblischen Aderbauer wird berichtet, daß er den Beginn der Ernte durch Darbringung der ersten Garbe gottesdienstlich ausgestimmt und dabei ein feierliches Dankesfest abgelegt hätte. Tatsächlich noch in frühmittelalterlichen Tagen während der geweihten Erntetide weder öffentliche Gottesdienste, noch geräuschvolle Volksbelustigungen stattfinden, was ihre Gleichstellung mit den Sonn- und Festtagen befundete. Diesen religiösen Anstrich weisen die freudebringenden Weihen des Feldabbaums auch heute noch auf, besonders im deutschen Hochlande, wo der eintönige Altersbrauch gleichsam „zu Hause ist“ und wo zwischen dem angehenden Hörnchen und seiner zahlreichen Arbeitsschärfer noch ein gewöhnlich familiäres Verhältnis besteht. Ist es doch auf manchen großen Gütern Ostelbani noch altägyptische Sitte, daß der Erntegott eine gesammelte „Voll der Schnitter“ eine er-

bauliche Ansprache richtet, ehe es mit Sense und Sichel zum Halmfeld hinanzieht, und im Hannoverschen und Braunschweigischen wird der orthodokse Beginn des „Getreidehauens“ — meist der 25. Juli (Johanni) — unter feierlichem Klopfen vorgenommen, ja in einigen Ortschaften der Neumark mußte sogar der Dorfschulze höchst eigenhändig zu diesem Zweck die kleine Glocke in Schwung bringen. Wenngleich die Kirche in Westfalen und Niedersachsen nicht die „Mäuse“, wie man heute dort behauptet, wo die dunkle Sitte noch besteht, sondern „für die Engel vom Himmel“, wie man in katholischen Süddeutschland meint. Wenn heute noch vollbrachter Sammler im Hochland das kirchliche Dankfest gefeiert wird, so handelt es sich gewißermaßen nur um eine mündliche Erinnerung der Erinnerlichkeit, doch wenn am Tage des däuerlichen Erntefests hier und da den auklerischen Ortsarmen vom späten Schmaus ein redlich Teil übermittelt oder von dem neuen Brode bez. Küchen — aus dem Wehl von eben eingearbeitetem Getreide gebacken — eine reichliche Spende mildeztig verabschiedet wird, so ist das altberücksichtig, tatbestellte „Erntereligion“.

**Wissenschaft und Technik.** Hk. Die Volkschule Thüringen veranstaltet im Rahmen der diesjährigen Herbst-Feierlichkeiten am 4. und 5. August in Jena einen Lehrgang für Volksbüchereiweisen. Der Lehrgang ist für alle bestimmt, die in der praktischen Volksbildungswerk als Lehrer, Bibliothekare, Buchhändler usw. stehen, vor allem auch in der Kleinstadt und auf dem Dorfe. Teilnehmerarten für solche, die nicht Lehrer der Herbstfeiern sind, und die nur am Lehrgang für Volksbücherei teilnehmen wollen, im Sekretariat der Herbstfeiern (Universität) für 5. August. Hk. Der Herbstfeiertag berechtigt das Besuchen des Lehrgangs für Volksbücherei zur Teilnahme an allen Veranstaltungen.

Hk. Der Reichsbund Heimatshule, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Pflege des Heimatgedankens zur Erfahrung und Erhaltung des deutschen Volksstums beizutragen, veranstaltet in der Zeit vom 8. bis 13. August in Würzburg eine Heimatshuwoche. Her vorragende Vertreter des Heimatgedankens werden in einer Reihe von Vorträgen zeigen, wie durch Heimatforschung durch Pflege der heimat-

lichen Natur und Kunst und durch heimliche Erziehung die Liebe zur Heimat in der Schule gefördert werden kann. Rühmte Auskunft erläutert Hauptlehrer Felix Heuler, Würzburg, Jägerstraße 2.

Hk. Man schreibt uns: In diesem Monat geht der erste Jahrgang der in Berlin von Dr. med. Joaquin J. Stuzin in spanischer Sprache herausgegebene „Vox media“ zu Ende. Zu den hundigen Mitarbeitern, deren Zahl bald hundert erreichen dürfte, gehören die hervorragendsten Dozenten und Professoren der deutschnationalen Wissenschaft, daneben eine größere Anzahl bekannter spanischer und südamerikanischer Gelehrter. Ferner ist ein Eniger Herausgeber-Auskuß gebildet worden, dem die Geheimräte Prof. Dr. Franz-Berlin (Charité), Hilfsbrand-Berlin und Dr. Kraus-Berlin angehören. Die Verbreitung in Spanien und Südamerika ist in ständigem Wachsen begriffen und somit wir aus zahlreichen und zugesagten Briefen, mündlichen Berichten und Pressenotizen urteilen dürfen, vor der Einführung unseres Unternehmens in den genannten Ländern ein durchaus fruchtbare. Der redaktionelle Teil ist bereits auf das Doppelte der Anfangszahl angewachsen; wir haben die Absicht, ihn im nächsten Jahr noch zu erweitern. Der Vox media ist seit längerer Zeit ein otorhinolaryngologischer und pharyngeologischer Teil angegliedert, die noch weiter ausgebaut werden. Wir hoffen, daß unsere Bestrebungen zur Förderung des Ansehens der deutschen Wissenschaft im Auslande und zur Herstellung immer engerer Verbindungen zwischen der deutschen und lateinamerikanischen Arztreiheit auch im nächsten Jahre von stetig fortwährendem Erfolg geführt sein werden.

In Zürich fand die konstituierende Versammlung einer „Philosophischen Gesellschaft“ statt. Sie hat den Zweck, das Leben der Philosophie in der deutschsprachigen Schweiz zu fördern, und soll allen denen, die einen Interesse für die philosophischen Probleme haben, offenstellen. Zum Präsidenten wurde Stadtrat

ein solches Ergebnis aber möglichs durchaus unerwünscht bezeichnet werden. Es wäre der bidirektionalen Entwicklung der Gemeinden und öffentlichen Selbstverwaltungsförderung im Grunde zuwider und würde nach meiner Auffassung einen starken Rückgang beobachten gegenüber dem bisherigen im allgemeinen doch erfreulich und gesund verlaufenen Ausbau der Gemeindeverwaltung.

### Die Wiederaufbauverhandlungen.

Berlin, 27. Juli. In der Sitzung des Reparationsausschusses des östlichen Reichsvermögens machte der Reichsminister Dr. Rathenau verteidigende Mitteilungen über den Gang und Stand der Wiederaufbauverhandlungen sowie über die Verordnung betreffend die Leistungsvorstände und den in Aussicht genommenen Zusammenschluß der Leistungsvorstände zu einem selbstverwaltenden Wirtschaftskörper. Den Kern der Wiederaufbauverhandlungen bildet die Finanzierung und Bewertung der Reparationslieferungen. Die Verhandlungen nahmen einen ungestopften Fortgang. Im Anschluß an die Ausführungen des Ministers sprach Hirsch über die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

### Die Zahl der französischen Kolonialsoldaten im besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Juli. Harmsworth sagte in Erwiderung auf eine Anfrage, daß sich ungefähr 23 000 französische Kolonialsoldaten aus Afrika und Asien in dem besetzten deutschen Gebiete befinden. Von ihnen stammten 15 000 aus Nordafrika und 2 500 aus Madagaskar. Der Rest seien Annamiten, die im Transportwege Verwendung fänden. Wegen einer Durchzeichnung sei nichts bekannt.

### Polnischer Terror in Bismarckhütte.

Berlin, 28. Juli. Meldungen aus Oberschlesien folge seht der Ort Bismarckhütte unter unchristlicher Terror. Die Migranten, die in Trupps von 20 Mann die Straßen durchziehen, plündern die Läden. Die Ortswoche, die nach dem Beschluß des Abstimmung von 2:1 gebildet werden sollte, konnte nicht zusammengebracht werden, da sich aus Furcht vor dem polnischen Terror nicht genug Deutsche meldeten. Die Polen haben im deutschen Bleibergbau in Gleiwitz erneut eine Haushaltung vorgenommen und auch den Rest der vorhandenen Schriftstücke nach Oppeln gebracht, wo sie untersucht werden sollen. In der Nacht zum Montag kamen bei Kosau an der böhmischen Grenze polnische Banden herüber und griffen die Posten der Abstimmungspolizei an. Auch die in der dortigen Schule untergebrachte Woche wurde beschossen. Die Banden flüchteten dann über die Grenze zurück.

### Die Frage der Truppensendungen nach Oberschlesien.

Berlin, 27. Juli. Reuter erhält aus französischer Quelle: Der französische Botschafter hat Lord Curzon mitgeteilt, die französische Regierung halte es für unmöglich, eine Sitzung des Obersten Rates einzuberufen, bevor die Frage der Truppensendungen nach Oberschlesien geregelt sei. Lord Curzon nahm diese Erklärung zur Kenntnis, die dem Kabinett vorgelegt werden wird.

Paris, 27. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Times“ teilt mit, in englischen Kreisen werde erklärt, daß die französische Regierung vor der Zusammenkunft des Obersten

Rates keine Truppen nach Oberschlesien schicken werde.

London, 27. Juli. Der Diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, der britische Standpunkt bezüglich der Abwendung weiterer Truppen habe eine erneute Erfärtigung durch die in Oberschlesien anwesenden englischen Militärs erhalten. Da vor einigen Wochen in Umlauf gekommen Sensationen über einen Zusammenschluß zwischen französischen Truppen und der deutschen Bevölkerung seien, wie sich jetzt zeige, in keiner Weise richtig gewesen. Wirklich habe Sir Harold Stuart jetzt dem Premierminister und Lord Curzon eine ausführliche Darstellung der Lage gegeben.

### Eine angebliche Rede Höfers.

Berlin, 27. Juli. Nach einer von einem Dongier politischen Blatte wiedergegebenen Aussage soll General Höfer in einer öffentlichen Versammlung eine Rede gehalten haben, in der er unter anderem folgendes gesagt haben soll: Wenn der Oberste Rat in Paris eine Entscheidung treffen wird, die im Gegensatz zu den deutschen Interessen steht, so werde ich mit allen meinen Truppen in Oberschlesien einmarschieren, die Franzosen vertreiben und das Land von den Polen säubern. Auf diese Meldung bezog sich die französische Auszeichnung vom 20. Juli und die Antwortnote des Reichsministers Dr. Rosen. Höfer erklärte nunmehr, daß diese Aussage von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Er hat niemals eine derartige Rede gehalten.

### Der ostpreußische Provinziallandtag gegen Erweiterung der Selbständigkeitssrechte.

Königsberg, 28. Juli. Der Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen nahm in seiner gesetzlichen Sitzung bei der Begutachtung eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Selbständigkeitssrechtes der Provinzen folgenden Antrag an: 1. Der Provinziallandtag lehnt jede Erweiterung der staatsrechtlichen Beziehungen Ostpreußens zu Reich und Volk entschieden ab und erkennt die Stärkung der Reichseinheit als verrechtigt und erwünscht an. Es kann diese aber in einem zerstreuigen Preußen nicht erblühen. 2. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Schritt zur Geschlagung Preußens und deshalb abzulehnen. 3. Die Erweiterung der Selbständigkeitssrechte der Provinzen ist abzulehnen, solange nicht die gesamte Selbstverwaltung in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden neu geordnet ist, sowie die Steuerrechte des Reiches, der Länder, Provinzen, Kreise und Gemeinden in einer die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände sicherstellenden Weise gegeneinander abgegrenzt sind.

### Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Berlin, 27. Juli. Die seit einiger Zeit zwischen dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und anderen Verbänden schwedende Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben zu einem Zusammenschluß mit dem Rabund und dem Deutschen Beamtenbund geführt. Die drei Spitzenorganisationen vereinbarten sich, in der Wohnung der gemeinsamen Arbeitertypen zusammenzuwirken. Die beteiligten Verbände sehen auf den Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung und verpflichten sich, jeder Verlegung dieser Verfassung im Reiche und in den Ländern geschlossen

entgegenzuhalten, aber jede politische und religiöse Übergang in den Kreis ihres Mitglieder zu dulden. In der Wirtschaftspolitik soll für die Beamten, Angestellten und Arbeitnehmer erste Grundlage der sein, das nicht das Allgemeinwohl des Privatunternehmens voranzustellen ist.

### Wirtschaftskonferenz zwischen Ostland, Lettland und Litauen.

Riga, 27. Juli. (Mit Teleg.-Agenten.) Am 21. und 22. d. M. wurde eine Wirtschaftskonferenz der drei Randsstaaten in Riga abgehalten. Mehrere Resolutionen bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der drei Staaten wurden gefasst. Ferner wurde die Frage der Belebung der Hafenränder zwischen den drei Randsstaaten erörtert. Man kam zum Ergebnis, daß die Hafengrenzen zwischen Ostland, Lettland sofort bestätigt werden könnten. Der Vertreter Litauens erklärte, daß wegen der großen Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Lage Litauens dies zurzeit noch nicht in vollem Umfang möglich sei. Es wurde die Angleichung der indirekten Steuern, Staatsmonopole, Masse und Gewichte und des Währungsvertrags beschlossen. Außerdem wurde eine Zusammenkunft der Vertreter Litauens, Lettlands, Ostlands und Finnlands in Riga bis spätestens September, ferner eine Zusammenkunft zwischen Vertretern Litauens, Lettlands und Ostlands in Riga zur Beratung von Handelsfragen beschlossen.

### Beendigung des Ausstands der Elektrizitätsarbeiter in Straßburg.

Paris, 27. Juli. Wie das „Journal des Débats“ aus Straßburg meldet, ist der Streik der Elektrizitätsarbeiter durch einen Schiedsspruch beendet worden. Die Straßenbahnen verkehrten wieder. Der Schiedsspruch hat eine Lohnherabsetzung von 15 Centimes für die Stunde zur Folge. Die Auskündigung der Metallarbeiter dauert an.

### Die Valera und Lloyd George.

London, 27. Juli. Nach einer Dubliner Meldung ist nicht zu erwarten, daß die Antwort des Valera an Lloyd George noch in dieser Woche erfolgen werde. Zur Begründung wird erklärt, daß Valera müsse mit seinen Kollegen beraten. Dies sei unmöglich, so lange noch 36 Mitglieder des Sinnfeiner-Parlaments gesangen oder interniert seien.

### Herabsetzung der Schiffahrtsfrachtfäße zwischen England und Indien.

London, 27. Juli. Die „Times“ meldet: Mit Rücksicht auf die von ausländischen Schiffahrtsgesellschaften, besonders den deutschen, angenommenen niedrigen Frachtfäße hätten die britischen Schiffahrtsgesellschaften beschlossen, die Frachtraten zwischen dem Vereinigten Königreich und Indien herabzusetzen. Die Verminderung beträgt 40 Proz. für die Fracht nach Gewicht und 25 Proz. für Frachten nach Maß.

### Die irische Frage.

London, 27. Juli. Chamberlain erklärte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses zur irischen Frage weiter: Im Augenblick warten nur die Grundlagen für die Belebung der Streitfragen in großen Bürgen niedergelegt werden. Hierauf sei noch keine Antwort erfolgt. Deshalb sei nicht anzunehmen, daß das Parlament vor Ende November zusammenberufen werde.

Pflüger gewählt. Almonialische Sitzungen sollen fortgesetzt und Diskussionen gewidmet sein.

Aus Paris meldet man: Edmond de Rothschild hat der notleidenden französischen Wissenschaft eine große Stiftung gemacht, nicht weniger als 10 Mill. Fr. auf einmal. Die wissenschaftlichen und künstlerischen Centrosinstitute von Paris haben zur Verwaltung dieser Stiftung einen Ausschuss eingesetzt, der ähnlich wie die Gemeinschaft der deutschen Wissenschaft aus Vertretern der verschiedenen Wissenschaftsweige besteht. 600 000 Fr. werden jährlich verteilt werden können, und zwar die Hälfte an einzelne unterstützungsbefürchtige Gelehrte, die andere Hälfte im ganzen oder in Teilen für besonders kostspielige und wichtige Forschungen. Die Unterrichts- und Forschungsinstitute des Staates sollen an den Bewilligungen aus der Stiftung keinen Teil haben, die Untersuchungen sollen vielmehr nur an unabhängig arbeitende Gelehrte und hauptsächlich für physikalische und chemische Arbeiten vergeben werden.

↑ In Würzburg ist der ordentliche Professor der Philosophie an der Julius-Maximilians-Universität, zeitweise Rektor Wagnerius, Dr. Remigius Stözlzle gestorben. Prof. Dr. Stözlzle entstammte dem bayrischen Schwaben; er wurde 1856 zu Ob geboren, studierte Philosophie und Philologie und war Anfang der 80er Jahre zunächst als Gymnasiallehrer tätig. Schon während dieser Zeit veröffentlichte er eine philosophische Studie über „Die Lehre vom Unendlichen bei Aristoteles“ (erschienen 1882). Im Jahre 1886 erhielt er einen Ruf an die Universität Würzburg, wo er bis an sein Lebensende gewirkt hat. Er ist Verfasser einer Reihe von gelehrten Abhandlungen, unter anderem „Gutbedarf und Herabsetzung von Abdankungs-Traktat De unitato et trinitate divina“ (1881).

↑ In Philadelphia ist der Professor der seminaren Philologie und Oberbibliothekar an der Pennsylvania-University, Morris Jastrow Jr., einer der bedeutendsten Orientalisten Amerikas,

### Englischer Ausschluß zur Bekämpfung der Hungernot in Russland.

London, 27. Juli. Im Unterhaus wurde gestern eine Sitzung religiöser Organisationen des Roten Kreuzes und anderer Organisationen abgehalten, die sich mit der Frage der im Russland drohenden Hungernot beschäftigte. Die Teilnehmer beschlossen, einen Ausschluß zur Bekämpfung des Hungers zuilden.

### Zehnter Kongress der interparlamentarischen Union.

Stockholm, 27. Juli. Zum zehnten Kongress der interparlamentarischen Union, der vom 16. bis 19. n. M. hier tagt, liegen bisher Anmeldungen aus Deutschland, Spanien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Japan, Italien, Norwegen, Schweden, den Niederlanden, der Schweiz, Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Ungarn und Österreich vor. Der Kongress wird u. a. folgende Fragen behandeln: Interparlamentarische Union und Völkerbund, Interparlamentarische Union und internationales Arbeitsbureau, Einschränkung der Rüstungen, internationales Wirtschafts- und Finanzproblem, Wiederaufbau der Welt und Völkerbund, Organisation des Einigungsverfahrens innerhalb des Völkerbunds.

### Die Abrüstungskonferenz.

London, 27. Juli. „Daily News“ meldet, Lord George beabsichtigt sechs Wochen Urlaub in Schottland zu verbringen und dann persönlich mit Balfour zur Washingtoner Konferenz zu reisen.

London, 27. Juli. Nach einer Erkundung am Washington erklärte der amerikanische Marinesekretär, der Bau von Kriegsschiffen würde in den vom Kongress gebilligten Weise fortgesetzt werden ohne Rücksicht auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz. Der Marinesekretär bezog sich hierbei darauf, daß Großbritannien nach Lord Georges jüngster Erklärung eine ähnliche Politik verfolge.

London, 27. Juli. Aus New York wird gemeldet: Ein Telegramm der Associated Press aus Tokio besagt, daß japanische Kabinett habe beschlossen, an der Washingtoner Konferenz über die Probleme des fernern Orients teilzunehmen.

### Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten.

London, 27. Juli. Der „Morningpost“ wird aus Shanghai gemeldet: Der chinesische Ministerpräsident Chingyung-peng ist zurückgetreten.

### Lohnbewegung.

Leipzig, 27. Juli. In vielen Orten der Amtsdampfmannschaft Leipzig sind die landwirtschaftlichen Arbeiter heute Morgen infolge Abreise sehr erhebliche Forderungen in bezug auf Lohn- und Deputiererhöhung seitens der Arbeitgeber plötzlich in den Ausstand getreten. Sie verneigten teilweise sogar das Vereinshaus des Gutes für das Vieh.

### Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 28. Juli.

\* Der Rat bewilligte in seiner letzten Sitzung 45 000 M. für Ausführung von Wasserrohrleitungen in der Dörsdorfer und am Schulberg im Stadtteil Friederick, 61 300 M. für Gas- und Wasserohrleitungen in der Friedrich-August-Straße und Straße E im Stadtteil Weiher-Hirsch, 153 500 M. für Betriebs-

im 60. Lebensjahr gestorben. Er wurde 1861 in Würzburg als Sohn des durch sein Wörterbuch zum Targum Midrasch und Talmud berühmten 1903 verstorbenen Dr. Mordecai Jastrow, nochmals Oberrabbiner von Philadelphia und Vizepräsident der amerikanischen Zionistenvereinigung, geboren, hatte an der Pennsylvania-Universität, am Breslauer jüdischen Seminar, in Straßburg und Paris studiert, 1884 in Leipzig das Doctorat der Philosophie erworben, war 1892 zum Professor für semitische Sprachen, 1898 zum Bibliotheksdirektor der Pennsylvania-Universität ernannt worden. Sein Hauptwerk ist die vierbändige Geschichte der „Religion Babyloniens und Assyriens“ (Wien 1909/12), in der u. a. zum erstenmal eine zusammenhängende grundlegende Darstellung der babylonischen Vorgeschichte — insbesondere der Lebenschäuter — zu finden ist. Ein 1910 erschienenes Titel-Vergleich seiner kleineren Schriften arabischen, assyriologischen, hebraisch-altestamentlichen und allgemein religionsgeschichtlichen Inhalts füllt zwölf Seiten engen Drucks und möglicherweise auf den doppelten Umsatz gebracht werden. Von dem Einfluß der eine lange Zeit lang im Schwung befindlichen panbabylonistischen Phantasterei hat sich der Klepsch veranlaßt freiliche frei zu halten gewußt.

Literatur. Mag Jungnickels Märchenspiel „Das Herz in der Laternen“ wurde vom Landestheater Meiningen für die kommende Spielzeit zur Uraufführung angenommen.

— Eine Statistik der dramatischen Dichtung der letzten Jahre, soweit sie in Buchform erschienen ist, veröffentlicht der Bibliothekar an der Deutschen Bücherei in Leipzig, Dr. W. Kreis, in der Zeitschrift für Georg Rinde-Bouet. In den Jahren 1913 bis 1920 erschienen 1789 Gedichte deutscher Dramen, auf das Jahr kommen also durchschnittlich 244 Dramen. 243 nennen sich Schauspiel, 268 Drama, 163 Lustspiel, 165 Tragödie, daneben aber gibt es Bezeichnungen wie Allegorie, gleichzeitige Anekdote, dramatische Darstellung, dramatisches Gleichen, Historie, drama-

verbesserungen und Bauarbeiten im Betriebe der Straßenbahnlinie, 150 000 M. für Fußweg- und Fahrbahnausträser usw. gen im Stadtteil Leubnitz, 750 000 M. zur Herstellung einer Gasleitung ausgenutzt, die sich mit der Frage der im Russland drohenden Hungernot beschäftigte. Die Teilnehmer beschlossen, einen Ausschluß zur Bekämpfung des Hungers zuilden.

— Die Tarifbestimmungen für die städtische Straßenbahn sind mit Wirkung vom 1. August ab festgestellt worden. Danach betragen die Fahrpreise für eine Fahrt a) im innerstädtischen Verkehrsgebiet 1 M. im Tagessverkehr, 3 M. im Nachtverkehr; b) auf den Vororten nach und vor der Außenzone bis zu etwa 6 km 1 M. im Tagessverkehr, 3 M. im Nachtverkehr; c) bis zu etwa 9 km 1,25 M. im Tagessverkehr, 3,75 M. im Nachtverkehr; darüber hinaus bis zum Ende der Fahrt 1,50 M. im Tagessverkehr, 4,50 M. im Nachtverkehr. Umsteigefahrscheine für die Benutzung zweier Linien kosten im Tagessverkehr das Einheitsabonnement des einfachen Fahrpreises im innerstädtischen Verkehrsgebiet, das ist 15 M. Im Nachtverkehr werden Umsteigefahrscheine nicht ausgegeben. Folgende preisermäßigte Fahrkarten werden ausgegeben: A. Fahrtarten zu 11 Einzelfahrten für 10 M. Die Geltungsdauer dieser Karten ist unbefristet. Sie sind übertragbar. B. Fahrtarten zu 12 Einzelfahrten für 9,50 M. Diese Karten gelten eine Kalenderwoche und sind übertragbar. C. Fahrtarten zu 25 Einzelfahrten für 20 M. Diese Karten gelten einen Monat vom Tage der Löschung ab und sind übertragbar. D. Fahrtarten zu 10 Einzelfahrten für Kinder unter 14 Jahren für 4 M. 50 Pf. Die Geltungsdauer dieser Karten ist unbefristet. Sie sind übertragbar. Fahrtarten, die nach den bisherigen Bestimmungen mit unbefristeter Geltungsdauer ausgegeben werden, sind für den 11. August gestrichen und vom 12. August an nicht mehr gültig.

— Vom Montag, den 15. August ab werden die Schlachthäuse auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof Montags abgespalten. — Es wird bis auf weiteres davon gewarnt, daß Wasser, das dem Wortie Rat zugeführt wird, in ungelochtem Zustande zu genießen, da dieses, vermutlich infolge eines Rohrbruchs, nicht einwandfrei ist. Weil seine Verbindung mit dem Dresdner Netz besteht, ist es nicht möglich, Rauch anderes Wasser zuzuführen.

\* Infolge der anhaltenden Trockenheit ist der Wasserstand der Elbe so zurückgegangen, daß sämtliche größeren Schiffahrtsgesellschaften, die den Verkehr von Hamburg elbaufwärts betreiben, beschlossen haben, die oberelbische Schiffahrt bis zum Eintritt günstigeren Wasserstandes einzuhören.

\* Nachdem Sonntag feiert der Evangelische Bund im Margarethen-Park (hinter dem Rathaus, Dresden Heide) ein mit zahlreichen Darbietungen und einer sehr reichhaltigen Tombola aus-

gestattetes Festspiel, dessen Ertrag der Schwesternschaft des Bundes zugute kommen soll. Dr. Schriftsteller und Bühnenleiter Carl Walter-Popp wird Regisseur und Reder, der Jungmädchenverein der Matthäusgemeinde Regen, Vollmänge und ein Waldspiel bieten. Begrüßung durch Pastor Aleg. Im Mittelpunkt stehen die Vorposten von Pauline Schnaub (Dresden-Möken) „Märkung und Mittelberg“, um des bekannten Wohltempers der evangelischen Bewegung in Österreich Hartmann Hochstetter, der vor kurzem bei dem Jubiläum der Wiener theologischen Fakultät zum Doktor der Theologie honoris causa ernannt wurde. Dr. Hochstetter wird in seiner Rede auf die Vorposten des Evangeliums in Österreich führen. Beginn 1/2 Uhr.

\* Über die Lösung der Wohnungslage durch Siedlung spricht am nächsten Montag, den 1. August im großen Saal des Vereinshauses in der Jägerstraße Dr. Landschaftspräsident Peters-Dessau auf Versammlung der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegsiedlungen e. V. (Siedlungsschule Dresden-Mitte, Gustavstraße 6). Es handelt sich um eine Versammlung der organisierten Kriegsiedler, der Vortrag ist aber öffentlich und jedermann zugängig. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Der Besuch dieser Versammlung kann sehr empfohlen werden.

\* Angeregt durch einen Besuch des Verbandsrats der Deutschen Kaffeehausketten und aus Anlaß des Hundertjähriges in Dresden hält Dr. Weißner, der Besitzer des Kaffeehauses Maximilian, in seinen bekannten Räumen in der Zeit vom 31. Juli bis 2. August drei Vorträge für die drängendsten deutschen Schwester und Brüder in Übersicht bei Konzert, Darbietungen verschiedenster Art, Sommernachtsball und Verlosung ab.

\* Bei einer festgenommenen Mannesperson sind nachstehende Gegenstände gefunden worden, die sie noch mit einem zweiten unbekannten in der Nacht zum 24. Juli in der Umgebung von Görlitz gestohlen haben will: Ein Herrenfahrrad Marke „Weltall“, vier Stück Rollenholzketten für Kinder, eine etwa 7 m lange Bäckerei aus Papierstoff, ein Herrenjackett hellblau und dunkelblau gefleckt, eine Herrenweste, zwei geblümte, grau und schwarzmeierte, einen weißen Damenuintervor mit langer Solari. Außerdem will sie noch einen ebenfalls bei Görlitz gekauften Radfahrrad mit etwa zehn Zigaretten zu je 100 Stück und etwa 1000 Zigaretten gehabt haben, die sie einem anderen unbekannten zum Verkauf übergeben haben will. Die vorhandenen Gegenstände können in der Aufenthaltsstelle des Polizeipräsidiums Zimmer 71 a wochentags von 8 bis 2 Uhr beschafft werden.

\* Wahrend des Kreisturnfestes in einem aus Gruna in Sachsen hier anwesend gewesenen Turner aus dem Ankleideraum eines hierigen Klubes ein grüngrüner Sportanzug gekauft worden. Im August befinden sich: 1 gelber Sportanzug, 1 dunkelblau seidenen Schländer, 1 herzförmiges Leinenhemd, 1 Taschenmesser, 1 Taschenmesser mit Zigarettenabzieher, 2 Taschenmesser, ein kleiner Ulmer, 1 Zigarettenpfeife, 1 Zigarettenetui, Feuerfackel, Feuerzeug, Kampfsportbuch und Bande sowie am Jodett angestellt das Feuer- und allgemeine Abzeichen der deutschen Turnerschaft. Für Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen hat der Geschlechte 150 M. Belohnung ausgesetzt. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

— In dem kleinen am Südbende des Eugen-Sees an dessen östlichem Ufer gelegenen Ortsteil Rötha San Vitale erhebt sich noch heute ein mittelalterliches Baptisterium von polygonalem Grundriss. Der Bau ist lange als altherbstlich angesehen worden; heute wird seine Entstehung in dessen allgemein in das 10. und 11. Jahrhundert verlegt. Schon 1910 hatte man vier Wandmalereien im Innern entdeckt. Inzwischen ist nur das Innere ausgeräumt und so die Möglichkeit geschaffen worden, die Wände eingehend zu untersuchen. Man hat Fresken zweifellos romanischer Herkunft freilegen können. Die eigenartigen Komplexe an der Fassade, die mit ihrem Alabastusblattschmied bishier meist als noch antik-römisch angesehen wurden, möchte Stadelberg auch romanischen Steinmetzen aus dem 10. bis 11. Jahrhundert geben.

Kult. Hermann Böllner, der Direktor des Würzburger Konservatoriums, hat jedoch eine breitkreisige Oper „Doctor Eisenbart“ beendet, die im kommenden Winter zur Uraufführung gelangen wird. Das Buch stammt von Otto Falckenberg-Wünschen und H. v. Waltherhausen.

— Das Hessische Landestheater in Darmstadt lädt für die kommende Spielzeit drei Ballettaufführungen an: „Ein Tanzspiel“ von Franz Schreker, mit einer Handlung von Gustav Hartung, „Erotische Tänze“ von Erwin Bendix und eine dreifigige Pantomime „Marion“ von Paul v. Klenau.

Theater und Film. Das Thaliatheater in Dresden wird unter der neuen Direktion von Paul Hornah nicht nur eine Schauspielbühne sein, sondern der Bühne des musikalischen Volkstheaters und der Gesangsposse dienen. Insbesondere ist die Aufführung weitwoller Volkslieder Posse, mit großem Chor und vollem Orchester, vorgesehen. Eröffnet wird das Thaliatheater am 1. September mit „Bummelstudenten“, der beliebten Biedermeier-Posse von Bernauer und Schanzl.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Bekämpfung der Schädlinge in den Weinbergen und Obstgärten.

Nach den neuesten Ermittlungen des Sächsischen Landesobst- und Weinbauvereins hat der Flug der Sauerwurmmotten in den Weinbergen bereits begonnen. Es wird demnach mit einer frühzeitigen Sablage und mit einem baldigen Er scheinen des Sauerwurmes, der sich in die einzelnen Beeren hineinfügt, zu rechnen sein. Es wird daher empfohlen, außerst beschleunigte Maßnahmen gegen den Schädlings und zwar das durchdringende Besprühen der Trauben mit Ureinagrin, etwa 100 g auf 100 l, eventuell der zur Bekämpfung der Blattfalkenkraut angewandten Kupferkalkbürste beigebracht, zu ergreifen. Am dringendsten erscheint die Maßnahme in jüngsten Weinbergen, wo sich bereits eine starke Hauwurmschädigung als erste Generation des Sauerwurmes gezeigt hat. Nicht minder dringend ist ein energisches Vorgehen gegen den sich jetzt ausbreitenden Pflaum an den Weintrauben und den Rebblättern. Die Weinläden sind bei sonnigem Wetter unter Vermeidung der Mittagsstunden mit feingemahlenem Ventilatorklappert zu bestäuben. Bei weiter vorgeschrittenem Meloutentwicklung, wenn die Trauben bereits weiß sind, die Beeren jedoch noch keine Sprünge zeigen, hat sich nach Versuchen des Landesobst- und Weinbauvereins eine Behandlung mit Solbat sehr wirksam gezeigt. Darauf weiß überzogene Beeren sind durch den Pilz in der äußeren Haut bereits verfärbt und zeigen nach der Abholzung des Pilzes in der Regel einen Schutzkörbelung, der sich indessen bei der Weiterentwicklung der Beete wieder zerstreut und zu Bejegnissen keinen Anfang gibt. In jüngsten Weinlagen, besonders in jungen Pflanzungen, beginnt auch erneut eine bedeutsame Ausbreitung der Blattfalkenkraut, deren Bekämpfung durch eine 1-prozentige Kupferkalkbürste darum zu erfolgen hätte, daß man die Blätter von der Unterseite, von wo aus die Ansiedlung des Pilzes und das Einbrechen in das Blattwerk erfolgt, kräftig bespritzt. Da beide Maßnahmen, Schwefel und Sprühen, zurzeit notwendig sind, wird empfohlen, das Besprühen vorher und nachfolgend das Bestäuben mit Schwefel vorzunehmen. Wird statt der Schwefelkabubung Solbat angewendet oder flüssiger Schwefel genommen, so kann flüssiger Schwefel oder Solbat der Kupferkalkbürste beigebracht und damit die Bekämpfung beider Krankheiten erreicht werden.

In den Obstgärten beobachtet man einen starken Fall der von Obstmöden angegriffenen Früchte, die, um der Weiterverbreitung vorzubeugen, häufig eingezimmert sind; ebenso sind die im Juli angelegten Tongürtel erneut zu revidieren und die Obstmöden, die drin sind, zu veräscheln. Neben den angegriffenen Früchten kommen eine große Anzahl gefundene Früchte zu Fall, zwischuzählen auf die ungewöhnliche Trockenheit. Will man diesem Bruchabfall entgegenstehen, so muß eine durchdringende Bewässerung der Obstbäume, besonders der Kleinformen, in den Wäldern vorgenommen, aber zum ergreifenden Durchwirken der Maßnahme auch das Laubwerk der Bäume vielleicht in den Morgen- und Abendstunden überprüft werden. Die ungewöhnlich hohe Temperatur und die den Baum dann umgebende feuchte Luft geben ihm wenigstens zweimalige Gelegenheit, seine übergroße Verdunstung einzuhören und das Blattwerk mit Wasser zu füllen. Nauchdüngung vermeide man bei derartig trockenem Boden, wende sie vielmehr erst nach dem genügenden Durchwirken des Bodens an.

Die hohe Wärme fördert augenblicklich in ersterster Weise die Ausbreitung der Blattlaus. Es muß erneut darauf hingewiesen werden, an den grünen Teilen vielleicht durch Berührungen der Bäume und an den Holzzeilen durch Anwendung der bekannten Blattlausmittel den Kampf zu führen. Ebenso ist gegen die Blattlaus, deren Ansiedlung nunmehr auf den Neutrieben der Bäume erfolgt, eine Venetianbeprühung vorzunehmen.

Annaberg. Ein gewaltiger Aufschwung war in Annaberg beim Sommerjahrmarkt zu verzeichnen. Während der Frühjahrsmarkt nur 80 Stände zählte, verzeichnete der jüngste Markt derselben gegen 400.

Großröhrsdorfer. Zum Gemeindevorstand von Großröhrsdorfer wurde in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates von 80 Bewerbern Gemeindevorstand a. D. Ester, Bodau, mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

## Zageschronik.

Berlin, 27. Juli. Die schwere wirtschaftliche Krise, die das ganze deutsche Lichtspielgewerbe infolge der gewaltigen Steigerung sämtlicher Ausgaben, vor allem der Lohnarbeitssteuern gegenwärtig durchmacht, nimmt auch in Groß-Berlin einen immer bedrohlicheren Umfang an. Nachdem bereits im Juni etwa 70 Kinos wegen Unrentabilität des Betriebes geschlossen hatten, ist diese Zahl nach statistischer Feststellung im Laufe des Monats Juli auf fast 100 gestiegen. Hierbei handelt es sich nur zum geringsten Teil um vorübergehende Schließungen, der größte Teil der Theater mußte dauernd geschlossen werden,

da die Weiterführung des Betriebs bei den hohen Lohnarbeitssteuern nur unter großen finanziellen Verlusten möglich gewesen wäre.

Brandenburg, 27. Juli. **Sechs Millionen Sprengkapseln und Zündhütte** explodierten gestern nachmittag auf der Insel Wusterau im Plauer See. Die Insel gehört zur Eisenbahnhauptstrecke Brandenburg-West, früherer Plauer Pulverbahn. Von der Eisenbahngesellschaft werden dort täglich 800 000 Sprengkapseln und Zündhütte abgeliefert und verarbeitet. Ein Vorarbeiter wurde getötet und drei Arbeiter verletzt. Durch die Explosion wurde ein Waldbrand verursacht, der bis weit in die Nacht hinein andauerte.

Stettin, 27. Juli. Das Polizeipräsidium teilte mit: Nachdem bereits am Montag abend durch Angehörige des hierigen Konsulatskantons 2 die öffentliche Ruhe und Ordnung in den Grabower Hofanlagen erheblich gestört worden war und Reichswehrangehörige sich der Feststellung ihrer Persönlichkeit mit blanke Waffe widersetzen hatten, machten am Dienstag abend gegen zehn Uhr Angehörige der Reichswehrtruppe mit roduktivem Gewehrfeuer in der Nähe des Rathauses einen Angriff auf im Dienst befindliche städtische Polizeibeamte. Diese haben sich plötzlich einer größeren Menge gegenüber, aus deren Mitte etwa 10 bis 15 junge Leute angezogen. Seit einiger Zeit hat die Kommandantur Anweisung, täglich nicht mehr als zehn junge Leute anzuwerben. Wie stark muß da das deutsche Angebot sein!

Prag, 28. Juli. Infolge der tropischen Hitze und der andauernden Trockenheit, die in den ganzen Republik herüberschreiten, drohen in den letzten Tagen zahlreiche Wald- und Geländebrände aus,

die einen ungeheuren Schaden anrichten.

Rotterdam, 28. Juli. An Bord des Kreuzers

**"Mauritius"** entstand gestern ein Großfeuer,

das sich über das ganze Schiff ausbreitete.

Aber dadurch, daß man das ganze Schiff

voll Wasser laufen ließ, gelang es, das Feuer zu löschen. Die Betriebsmaschinen an Bord

haben durch den Brand nicht gelitten.

Helsingfors, 27. Juli. Ein Heeresflugzeug

ist heute in der Nähe von Helsingfors ins Meer

gestürzt. Die Flieger sind ertrunken.

Brüssel, 27. Juli. Heute vormittag liegen

auf der Strecke Brüssel-Termonde bei Opwijk zwei Jäger zusammen. Es wurden

sechs Personen verletzt, davon fünf schwer.

Washington, 27. Juli. Amaltheia Stellen erläuterten, von einer halben Milliarde in den Südstaaten könne keine Rede sein. Die Pestalozzi-Epidemie habe in Südkarolina und am Mississippi zugunsten, in den anderen Staaten dagegen abgenommen oder sei auf denselben Stand geblieben.

München, 28. Juli. Wie die "Münchner Neuesten Nachrichten" melden, beschloß der Delegiertenausschuß des bayerischen Brau-

bundes in seiner Sitzung vom 20. Juli, nunmehr mit der Abgabe eines härteren Bieres zu beginnen und wegen der erhöhten Geschäftsgeschäfte neuendringt eine Preiserhöhung einzuführen.

Wien, 27. Juli. Seit der Belebung von Duisburg wurden von der Kommandantur täglich

10 bis 15 junge Leute angeworben. Seit einiger Zeit hat die Kommandantur Anweisung, täglich

nicht mehr als zehn junge Leute anzuwerben.

Wie stark muß da das deutsche Angebot sein!

Prag, 28. Juli. Infolge der tropischen Hitze und der andauernden Trockenheit, die in den ganzen Republik herüberschreiten, drohen in den letzten Tagen zahlreiche Wald- und Geländebrände aus,

die einen ungeheuren Schaden anrichten.

Helsingfors, 27. Juli. Ein Heeresflugzeug

ist heute in der Nähe von Helsingfors ins Meer

gestürzt. Die Flieger sind ertrunken.

Brüssel, 27. Juli. Heute vormittag liegen

auf der Strecke Brüssel-Termonde bei Opwijk zwei Jäger zusammen. Es wurden

six Personen verletzt, davon fünf schwer.

Washington, 27. Juli. Amaltheia Stellen erläuterten, von einer halben Milliarde in den Südstaaten könne keine Rede sein. Die Pestalozzi-Epidemie habe in Südkarolina und am Mississippi zugunsten, in den anderen Staaten dagegen abgenommen oder sei auf denselben Stand geblieben.

München, 28. Juli. Wie die "Münchner Neuesten Nachrichten" melden, beschloß der Delegiertenausschuß des bayerischen Brau-

bundes in seiner Sitzung vom 20. Juli, nunmehr mit der Abgabe eines härteren Bieres zu beginnen und wegen der erhöhten Geschäftsgeschäfte neuendringt eine Preiserhöhung einzuführen.

Wien, 27. Juli. Seit der Belebung von Duisburg wurden von der Kommandantur täglich

10 bis 15 junge Leute angeworben. Seit einiger Zeit hat die Kommandantur Anweisung, täglich

nicht mehr als zehn junge Leute anzuwerben.

Wie stark muß da das deutsche Angebot sein!

Prag, 28. Juli. Infolge der tropischen Hitze und der andauernden Trockenheit, die in den ganzen Republik herüberschreiten, drohen in den letzten Tagen zahlreiche Wald- und Geländebrände aus,

die einen ungeheuren Schaden anrichten.

Helsingfors, 27. Juli. Ein Heeresflugzeug

ist heute in der Nähe von Helsingfors ins Meer

gestürzt. Die Flieger sind ertrunken.

Brüssel, 27. Juli. Heute vormittag liegen

auf der Strecke Brüssel-Termonde bei Opwijk zwei Jäger zusammen. Es wurden

six Personen verletzt, davon fünf schwer.

Washington, 27. Juli. Amaltheia Stellen erläuterten, von einer halben Milliarde in den Südstaaten könne keine Rede sein. Die Pestalozzi-Epidemie habe in Südkarolina und am Mississippi zugunsten, in den anderen Staaten dagegen abgenommen oder sei auf denselben Stand geblieben.

München, 28. Juli. Wie die "Münchner Neuesten Nachrichten" melden, beschloß der Delegiertenausschuß des bayerischen Brau-

bundes in seiner Sitzung vom 20. Juli, nunmehr mit der Abgabe eines härteren Bieres zu beginnen und wegen der erhöhten Geschäftsgeschäfte neuendringt eine Preiserhöhung einzuführen.

Wien, 27. Juli. Seit der Belebung von Duisburg wurden von der Kommandantur täglich

10 bis 15 junge Leute angeworben. Seit einiger Zeit hat die Kommandantur Anweisung, täglich

nicht mehr als zehn junge Leute anzuwerben.

Wie stark muß da das deutsche Angebot sein!

Prag, 28. Juli. Infolge der tropischen Hitze und der andauernden Trockenheit, die in den ganzen Republik herüberschreiten, drohen in den letzten Tagen zahlreiche Wald- und Geländebrände aus,

die einen ungeheuren Schaden anrichten.

Helsingfors, 27. Juli. Ein Heeresflugzeug

ist heute in der Nähe von Helsingfors ins Meer

gestürzt. Die Flieger sind ertrunken.

Brüssel, 27. Juli. Heute vormittag liegen

auf der Strecke Brüssel-Termonde bei Opwijk zwei Jäger zusammen. Es wurden

six Personen verletzt, davon fünf schwer.

Washington, 27. Juli. Amaltheia Stellen erläuterten, von einer halben Milliarde in den Südstaaten könne keine Rede sein. Die Pestalozzi-Epidemie habe in Südkarolina und am Mississippi zugunsten, in den anderen Staaten dagegen abgenommen oder sei auf denselben Stand geblieben.

München, 28. Juli. Wie die "Münchner Neuesten Nachrichten" melden, beschloß der Delegiertenausschuß des bayerischen Brau-

bundes in seiner Sitzung vom 20. Juli, nunmehr mit der Abgabe eines härteren Bieres zu beginnen und wegen der erhöhten Geschäftsgeschäfte neuendringt eine Preiserhöhung einzuführen.

Wien, 27. Juli. Seit der Belebung von Duisburg wurden von der Kommandantur täglich

10 bis 15 junge Leute angeworben. Seit einiger Zeit hat die Kommandantur Anweisung, täglich

nicht mehr als zehn junge Leute anzuwerben.

Wie stark muß da das deutsche Angebot sein!

Prag, 28. Juli. Infolge der tropischen Hitze und der andauernden Trockenheit, die in den ganzen Republik herüberschreiten, drohen in den letzten Tagen zahlreiche Wald- und Geländebrände aus,

die einen ungeheuren Schaden anrichten.

Helsingfors, 27. Juli. Ein Heeresflugzeug

ist heute in der Nähe von Helsingfors ins Meer

gestürzt. Die Flieger sind ertrunken.

Brüssel, 27. Juli. Heute vormittag liegen

auf der Strecke Brüssel-Termonde bei Opwijk zwei Jäger zusammen. Es wurden

six Personen verletzt, davon fünf schwer.

Washington, 27. Juli. Amaltheia Stellen erläuterten, von einer halben Milliarde in den Südstaaten könne keine Rede sein. Die Pestalozzi-Epidemie habe in Südkarolina und am Mississippi zugunsten, in den anderen Staaten dagegen abgenommen oder sei auf denselben Stand geblieben.

München, 28. Juli. Wie die "Münchner Neuesten Nachrichten" melden, beschloß der Delegiertenausschuß des bayerischen Brau-

bundes in seiner Sitzung vom 20. Juli, nunmehr mit der Abgabe eines härteren Bieres zu beginnen und wegen der erhöhten Geschäftsgeschäfte neuendringt eine Preiserhöhung einzuführen.

Wien, 27. Juli. Seit der Belebung von Duisburg wurden von der Kommandantur täglich

10 bis 15 junge Leute angeworben. Seit einiger Zeit hat die Kommandantur Anweisung, täglich

nicht mehr als zehn junge Leute anzuwerben.

Wie stark muß da das deutsche Angebot sein!

Prag, 28. Juli. Infolge der tropischen Hitze und der andauernden Trockenheit, die in den ganzen Republik herüberschreiten, drohen in den letzten Tagen zahlreiche Wald- und Geländebrände aus,

die einen ungeheuren Schaden anrichten.

Helsingfors, 27. Juli. Ein Heeresflugzeug

ist heute in der Nähe von Helsingfors ins Meer

gestürzt. Die Flieger sind ertrunken.

Brüssel, 27. Juli. Heute vormittag liegen

auf der Strecke Brüssel-Termonde bei Opwijk zwei Jäger zusammen. Es wurden

six Personen verletzt, davon fünf schwer.

Washington, 27. Juli. Amaltheia Stellen erläuterten, von einer halben Milliarde in den Südstaaten könne keine Rede sein.

## Amtlicher Teil.

Öffentliche Sitzung des Kreishaupräsidiums findet Montag, den 1. August 1921, vorm. 1/2 Uhr im Sitzungsraum der Kreishaupräsidenten Chemnitz statt.

**Chemnitz, 23. Juli 1921. Der Kreishaupräsident.**

Der Beauftragte Reg.-Med.-Rat Dr. Schulte zu Auerbach i. B. ist vom 29. Juli bis mit dem 25. August d. J. beurlaubt. Mit seiner Vertretung ist der Beauftragte Reg.-Med.-Rat Dr. Schmidt zu Olomouc i. B. beauftragt.

**Zwickau, 23. Juli 1921.** 665 VII  
Kreishaupräsident Dr. Morgenstern u. 3694

Die 2. Klasse der 179. Sächsischen Landeslotterie wird am

**10. und 11. August 1921.** gezogen. Die Erneuerung der Lote ist nach § 5 der Planbestimmungen noch vor Ablauf des 1. August 1921 bei dem Staatsschalter-Einnehmer, dessen Name und Wohnort den Losen aufgedruckt und aufgestempelt ist, zu bewirten. Wer dies verübt oder sein Los von dem Staatsschalter-Einnehmer vor Ablauf des 1. August 1921 nicht erhalten kann, hat dies nach dem angezeigten § 5 bei Verlust aller Ansprüche an das gespielte Lot der Lotteriedirektion noch vor Ablauf des 6. August 1921 unter Beifügung des Lotes der 2. Klasse und des Erneuerungsbetrags anzugeben. Jeder Spieler eines Teilstoßes hat zur Vermeidung von Rechtsfehlern darauf zu achten, daß das vom Staatsschalter-Einnehmer ihm ausgebändigte Erneuerungsbuch den selben Unterscheidungsbuchstaben trägt wie das Vorlosenlos. Nur die angestellten Staatsschalter-Einnehmer und deren Gehilfen sind zum Verkauf von Losen der Sächsischen Landeslotterie befugt. Jeder Staatsschalter-Einnehmer ist verpflichtet, die von ihm ausgebändigte Lotterie auf der Bordertafel rechts mit dem Abdruck eines Stempels, der seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, da der Mangel eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Lotses zur Folge hat.

**Leipzig, 26. Juli 1921. Die Lotteriedirektion.**

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Römeritz am 4. August, vorm. 9 Uhr im Rathaus „Stadt Dresden“ in Römeritz, in den Amtsstrassenmeistereien Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Straßen- und Wasser-Bauamt Bautzen.**

Am dem die Firma Max Rojacher in Annaberg bet. Blatt 1327 des Handelsregisters ist heute die Erteilung des Prokura an den Handlungsbefehlten Hans Bernhard Scharrschmidt in Annaberg eingetragen worden.

**Amtsgericht Annaberg, den 21. Juli 1921.**

Auf Blatt 1087 des Handelsregisters ist heute die Firma Carl Roth, Bijouterie-Spinnelei und Fabrik, in Schiedel und als deren Inhaber der Kaufmann Carl August Roth in Werda eingetragen worden.

**Amtsgericht Grimma, den 26. Juli 1921.**

Auf Blatt 74 des Genossenschaftsregisters, betr. die Genossenschaft Baugenossenschaft für das Personal der Königl. Sächs. Staatsbahnen in Dresden, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftspflicht in Dresden, ist heute unter anderem eingetragen worden: Das Statut ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden. Die Firma lautet fünfzig Eisenbahner-Baugenossenschaft Dresden, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftspflicht.

Paul Robert Krause ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestand der Eisenbahnberater Paul Hermann Schmidt in Dresden. Die Vorstandsmitglieder Robert Möller, Kurt Kümmel und Kurt Dörr Kummel sind jetzt Eisenbahnberater. Das Vorstandsmitglied Alwin Moritz Barthold ist jetzt Eisenbahnberater.

**Amtsgericht Dresden, Abt. III, am 27. Juli 1921.**

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 6165, betr. die Firma Deutsche Bank Filiale Dresden in Dresden, Zweigniederlassung der in Berlin unter der Firma Deutsche Bank bestehenden Aktiengesellschaft; Prokura ist erzielt den Bankbeamten Arno Melhorn und Georg Schwindt, beide in Dresden. Ein jeder von ihnen darf die Firma nur mit einem Vorstandsmitglied oder einem stellvertretenden Vorstandsmitglied zeichnen;

2. auf Blatt 16561: Die Kommanditgesellschaft **H. Größen & Co.**, mit dem Sitz in Dresden. Gesellschafter sind der Kaufmann Friedrich Wilhelm Größen in Dresden als persönlich haftender Gesellschafter und ein Kommanditist. Die Gesellschaft hat am 1. Mai 1921 begonnen. (Geschäftszweig: Handel mit Motoren, Metallen und allen in das Fach der elektrischen Unternehmungen und Anlagen einschlagenden Materialien, sowie mit Strompumpen und verwandten Artikeln, Reichstraße 13);

3. auf Blatt 14981, betr. die offene Handelsgesellschaft **Deutsche Industrie-Gesellschaft Schäpple & Wiegand** in Dresden: Die Prokura des Ingenieurs **Johannes Rudolf Freiherr Stemm** ist erloschen;

4. auf Blatt 5169, betr. die Firma **H. Großmann** in Dresden: Der Kaufmann Julius Hermann Großmann in Dresden ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgesellschaft eingetreten. Die hierdurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1921 begonnen. Der Gesellschafter Julius Hermann Großmann ist zur Vertretung der Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem Gesellschafter Alexander Großmann oder mit einem Prokurranten berechtigt. Die Prokurranten Max Georg Wölfer, Paul Otto Schubert und Hermann Paul Lüder dürfen die Gesellschaft auch je mit dem Gesellschafter Julius Hermann Großmann vertreten;

5. auf Blatt 6067, betr. die Firma **Bruno Koenig** in Dresden: Die Prokurranten des Albert Pech und des Kaufmanns Carl Friedrich Wilhelm Rau sind erloschen. Prokura ist erzielt der Direktor Martha lieblich Mühlbauer in Dresden;

6. auf Blatt 14290, betr. die Gesellschaft **Sächsische Landes-Zuckermittel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Dresden. Die Prokurranten der angestellten Staatsschalter sind zum Verkaufe von Losen der Sächsischen Landeslotterie befugt. Jeder Staatsschalter-Einnehmer ist verpflichtet, die von ihm ausgebändigte Lotterie auf der Bordertafel rechts mit dem Abdruck eines Stempels, der seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, da der Mangel eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Lotses zur Folge hat.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3670

Die Öffnungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921. Die Lotteriedirektion.**

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3675

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3676

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3677

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3678

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3679

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3680

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3681

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3682

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3683

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3684

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3685

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3686

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3687

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verdängt und sind von den Oberamtsstrassenmeistern in den genannten Städten oder den zuständigen Strafgerichten zu erfordern.

**Leipzig, 26. Juli 1921.** 3688

Die Löschungen an den Staatsschäften sollen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei Königsbrück am 1. August vorm. 9 Uhr im Rathaus „Schwarzer Adler“ in Königsbrück, in der Amtsstrassenmeisterei Bautzen-Nord und Bautzen-Süd am 6. August, vorm. 10 Uhr im Rathaus „Bürgergarten“ in Bautzen, in der Amtsstrassenmeisterei Bischofswerda am 8. August, vorm. 10½ Uhr im Rathaus „Zur goldenen Sonne“ in Bischofswerda. Die Nachstreichen haben sich gegen Süden & T. verd

